

Erscheint
Dienstag
Donnerstag
und
Samstag.
—
Bestellpreis
pro Quartal
im Bezirk
Nagold
90 \mathcal{L} ,
außerhalb
M. 1.—

Mus den Tannen

Amtsblatt für
Allgemeines Anzeiger



Altensteig, Stadt.
und Unterhaltungsblatt
oberen Nagold.

Einrück-
ungspreis
f. Altensteig
und nahe
Umgebung
bei 1mal.
Einrückung
8 \mathcal{L} , bei
mehrmal.
12 \mathcal{L}
auswärts
je 8 \mathcal{L} die
1/2 Spalt. Zeile

Nr. 29.

Man abonniert auswärts auf dieses Blatt bei
den Postämtern und Postboten.

Donnerstag den 7. März

Bekanntmachungen aller Art finden die erfolg-
reichste Verbreitung.

1895.

Freudenstadt.

Die Musterung der Militärpflichtigen pro 1895 im diesseitigen O.A.-Bezirk findet statt:
in Pfalzgrafenweiler am Montag den 18. März
in Reichenbach am Dienstag den 19. März
in Freudenstadt am Mittwoch und Donnerstag den 20. und 21. März, je von morgens 8 Uhr an und die Besichtigung der Militärpflichtigen sämtlicher Gemeinden des O.A.-Bezirks
am Freitag den 22. März d. J., von vorm. 9 Uhr an auf dem Rathaus in Freudenstadt.

Am Mittwoch den 27. März findet in Ulm die jährliche Staatsprüfung für ausgezeichnetes Schafvieh statt. Näheres siehe „St. Anz.“ Nr. 53.

Gestorben: Sophie Kaiser, Friedrichshäl; Fabrikant Adolph, Gmünd; Prokurentendirektor Epp, Stuttgart; Fabrikant Forster, Gmünd; pens. Oberlehrer Pfetschinger, Gmünd; Bäcker Erbert Stuttgart.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 2. März. Extraordinarium des Marine-Stats. 2 400 000 Mk. zur Herstellung von Torpedobooten werden trotz der Bitte des Staatssekretärs Hollmann auf Antrag der Kommiss. gestrichen. Sodann werden nach dem Vorschlag der Kommission 1 640 000 Mk. für Reparaturen von 2 Schiffen der Sachsenklasse genehmigt, ebenso 400 000 Mk. zur Vergrößerung der Kohlenlager genehmigt. Bei dem außerordentlichen Etat wird für ein großes Trockendock auf der Rieder Werft eine Million gefordert, als zweite Rate resp. erste Barkate. Die Kommission empfiehlt die Streichung. Nachdem der Staatssekretär Hollmann und der Abg. Feßler ihre Bedauern hierüber ausgedrückt, erkennt das Haus demgemäß. Zu Titel 8 liegt der gestern schon bei der Beratung über die 4 Kreuzer erwähnte Antrag Müller-Felds vor, den Zuschuß aus Anleihen zu den Ausgaben im Ordinarium von 2 145 000 Mk. auf 3 355 000 Mk., also um 1 200 000 (der Betrag für einen Kreuzer, erste Rate) zu erhöhen. Der eine Kreuzer soll also auf Anleihe übernommen werden. Abg. Hammacher (nat.) erklärt, daß diese Anleihen zum Abgrunde führen würden. Abg. Richter (fr. Ver.) bemerkt demgegenüber, daß wir uns diesmal in einer außergewöhnlichen Lage befinden. Der Abg. Hammacher und Staatssekretär Posadowsky widersprechen dem. Abg. Richter hebt hervor, daß in diesem Jahre 22 Millionen mehr an außerordentlichen Ausgaben auf das Ordinarium genommen worden seien. Abg. Richter (fr. Volksp.) führt aus, daß unsere Ausgaben noch nie so niedrig waren, wie in diesem Jahre. Graf Posadowsky, Abg. Hammacher vertreten nochmals ihren Standpunkt. Abg. v. Leipzig pflichtet ihm bei. Der Antrag Müller-Felds wird hierauf angenommen. Es folgt Militäretat. Zum Besoldungstitel: Kriegsminister, liegt vor der Antrag Auer und Genossen, die Regierung zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit und die Umwandlung der jetzigen Heeres-Organisation angebahnt wird. Abg. Liebknecht (Soz.) bemerkt zur Begründung dieses Antrages, daß nur auf diesem Wege unser Volk zu einem wirklichen Volk in Waffen, einem Volksheere werde. Abg. Baumbach (Rp) erklärt, nur eine regelmäßige Armee mit fester Disziplin könne dauernde Erfolge erzielen. Abg. Richter tritt dem Antrage Auer entgegen, weil es sich ziffermäßig nachweisen ließe, daß das Militär mehr Kosten verursachen würde. Abg. Bodewitz (kons.) wünscht Klarheit in dieser Sache, um den sozialistischen Massen zu zeigen, wie wertlos der Vorschlag ihrer Führer sei.

* Berlin, 4. März. Der Reichstag verhandelte heute über den Militäretat. Liebknecht verteidigt den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung eines Militärs. Dasselbe biete eine Garantie der Freiheit und des Friedens. Gnecco (nat.) betont, daß Schweizer System habe noch keine Gelegenheit

gehabt, sich im Kriege brauchbar zu erweisen. Wir bedürfen und besitzen eine charakterfeste, disziplinierte und vollkommen zuverlässige Armee und sind nicht geneigt, dieselbe an die Sozialdemokraten auszuliefern. (Beifall.) Driola (nat.) erklärt: Wir sind gewillt, unsere Verfassung zu behalten, welcher wir unsere Machtstellung verdanken. Manches allerdings ist verbesserungsfähig, insbesondere ist eine Reform des Invalidenwesens erforderlich. Generalleutnant Spitz betont, die verbündeten Regierungen könnten zu letzterem Wunsche noch nicht Stellung nehmen, da ein formeller Antrag nicht vorlag. Zur Erfüllung aller Wünsche sind auf dem Gebiete des Invalidenwesens 200 Millionen erforderlich. Bebel kritisiert die Erlasse bezüglich des Verbots der Beschäftigung sozialistischer Arbeiter bei den Militärbehörden und sagt, für den modernen Kulturstaat ist es unwürdig, Leute wegen ihres politischen Glaubensbekenntnisses zu verfolgen. In der Armee und der Marine befinden sich Hunderttausende von Sozialdemokraten. Eine Verstärkung mit der Sozialdemokratie wäre daher doppelt notwendig. Allein dieselben Behörden, welche zum Schutze der Gesetze bestimmt sind, machen die elementarsten Staatsbürgerrechte uns gegenüber illusorisch. Redner bespricht mehrere Einzelfälle angeblicher Mißstände in der Militärverwaltung. Kriegsminister Bronsard will auf den ausföhrlichen Militärantrag nicht eingehen. Die Verlesung der Erlasse durch Bebel beweist, daß in unseren Bureaus unsaubere Subjekte Dokumente stehlen. Wer dergleichen thut, begeht bei guter Bezahlung auch Landesverrat. Wir können solche Leute nicht brauchen. Auch aus Ihren Zeitungsredaktionen würden solche Subjekte hinausfliegen. Der Minister stellt mehrere von dem Vorredner zitierte Einzelfälle richtig. Die Zahl der Duellen, 11 pro Jahr, ist in der Armee verschwindend klein. Der Offizier, welcher sein Leben für König und Vaterland einsetzt, darf, wenn er zur Verteidigung seiner Ehre sein Leben wagt, mildernde Umstände beanspruchen. (Beifall.) Pöschke (fr. Volksp.) bedauert das Verfahren der Militärbehörden betr. die Ausschließung sozialdemokratischer Arbeiter, umso mehr als man selbst Privatunternehmern dies läßlich nehmen würde. Bebel (Soz.) meint, es würde der Regierung nicht gelingen, die Sozialdemokraten vollständig aus dem Heere zu vertreiben. Die Leute, welche ihm die Erlasse brachten, erhielten hierfür keine Bezahlung, sondern thaten es nur für die ideale Sache. Kriegsminister Bronsard: Da, wie Herr Bebel gesagt, den Sozialdemokraten die Spender unbekannt blieben, an wen hätten sie dann ihr Geld los werden sollen. Pöschke (wilt) äußert sich im Sinne des Abg. Pöschke. Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird das Kapitel „Kriegsminister“ bewilligt und der Antrag Auer abgelehnt. Beim Kapitel „Militärgesundheit“ verlagert der Abg. Bingen (Zentr.), daß den Katholiken die freiwilligen Besuche der Kirche erschwert werde. Nach kurzer Debatte wird auch dieses Kapitel bewilligt.

Württembergischer Landtag.

Kammer der Abgeordneten.

* Stuttgart, 2. März. (6. Sitzung.) Bayer eröffnet dieselbe 9 1/2 Uhr. Eingekommen ist ein Protest aus dem Oberamt Ulm gegen die Wahl Haugs 1. Lesung des Gesetzesentwurfs betr. die Bestellung der Ortsvorsteher in den größeren Gemeinden v. Geß ist mit dem vorgeschlagenen Wahlmodus nicht einverstanden und hält die dafür ins Gesetz geführten Gründe nicht für ausreichend. Doch will Redner den Entwurf nicht a limine ablehnen, sondern ihn der Kommission für innere Verwaltung überweisen. Sach's anerkennt, daß die Beibehaltung der Lebenslänglichkeit nicht aufrecht zu erhalten sei. Er bezweifelt jedoch, ob der vorgeschlagene Wahlmodus Anstalt haben werde. (Sehr richtig.) Der Ortsvorsteher habe eine ganz andere Stellung, wenn er

durch die Bürgerschaft und nicht durch die bürgerlichen Kollegien gewählt sei. (Zustimmung.) Hausmann (Baltgen) kritisiert die Fickgesetze, womit man die Lebenslänglichkeit korrigieren wollte, auf's schärfste. Daß sich der Disziplinarhof als unnütz erwiesen, sehe man nach dem Fall Hegelmaier deutlich. Häßler in diesem eclatanten Fall nichts anders gerichtet, wie viel weniger werde er dies in leichteren Fällen zu thun im Stande sein. Es wäre richtiger und konstitutioneller gewesen, wenn die Regierung ihren Standpunkt über die Lebenslänglichkeit schon vor der Neuwahl zum Landtag kundgegeben hätte. Die beiden Kandidaten übrigens, welche die Absichten der Regierung kannten, die Herren v. Bodshammer und v. Leibbrand, haben mit diesem Programm bei der Wahl Niederlagen erlitten. Was die einzelnen Gesetzesbestimmungen anbelangt, so lassen sie nicht einmal den Heilbronnern einen Hoffnungsschrahl leuchten. Im Grund genommen sei der Entwurf weiter nichts als eine lex Sds, deren wirtschaftliche Tendenz sogar der vorige Landtag verurteilt habe. Bei der Wahl durch die bürgerlichen Kollegien komme der Ortsvorsteher in Abhängigkeit zu der Rathhausmehrheit. Unser altes Wahlrecht sei eine gute Erziehung für die Bürgerschaft, wodurch gewissermaßen jedem ein Verantwortlichkeitsgefühl für den Gewählten zudiffert werde. Nehmen wir den Entwurf an, so richten wir eine neue Scheidewand auf zwischen der Bürgerschaft und dem Rathaus. Beruht man die Lebenslänglichkeit mit der freiwilligen Gerichtsbarkeit, so schaffen wir nur Wasser auf die Mühle der norddeutschen Unitarier. Redner richtet, um diese Sache klar zu legen, an den Minister die Frage: Will die Regierung, daß die freiwillige Gerichtsbarkeit beibehalten werden soll oder nicht und will sie für den Fall der Beibehaltung auf die Lebenslänglichkeit verzichten? Wir unsererseits halten fest an der Beibehaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die auch günstig auf den Gemeindegeld einwirkt. Auch Gröber habe die Lebenslänglichkeit als die Wurzel der allgemeinen Unzufriedenheit bezeichnet und er würde sich der Mitthäterenschaft schuldig machen, wenn er nicht für die Abschaffung der Lebenslänglichkeit stimme. Schließlich beantragt Redner, den Entwurf einer besonderen Kommission zu übergeben. (Beifall.) Beß (B.) will in der Stunde, welche die Lebenslänglichkeit Heilbronn geschlagen, nicht weiter wählen. Jedenfalls wollen wir die Lebenslänglichkeit nicht gegen die Abschaffung des direkten Wahlrechts verkaufen. Er legt sich im Uebrigen seinem Vorredner an. Rembold steht im Allgemeinen auf dem völksparteilichen Standpunkt. Doch kann er nicht denselben teilen in Bezug darauf, daß die nach dem Gesetz der Lebenslänglichkeit gewählten Ortsvorsteher entfernt werden können. Unsere Ortsvorsteher nehmen ihre Stellung auf Grund wohlwollender Rechte ein, und wenn sie bei Entlohnung auf Vergütung des vollen Gehalts klagen, werden sie dabei gute Aussichten haben. Minister v. Bischof beantwortet zuerst die Anfragen Hausmanns. Die Regierung sei stets mit aller Macht für die Erhaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit eingetreten. Auch die zweite Frage beantwortete der Minister in bejahendem Sinn. Der Redner bemerkt, der Entwurf habe allerdings eine sehr scharfe Kritik erfahren und geht dann auf die sachlichen Einwendungen, die gegen den Entwurf gemacht wurden, einzeln ein. Die beschränkte Wahldauer werde genügende Garantie für die Abschaffung des direkten Wahlrechts bieten. Man solle doch bedenken, welche ungeheure Aufregung bei der Wahl der Ortsvorsteher durch die Bürgerschaft in die Gemeinden getragen werde. In den größeren Städten müsse man die Zusammenkunft der Bevölkerung in Betracht ziehen. Sie sind die Zentren der sozialistischen und anarchistischen Bewegung, die allerdings in Württemberg eine bedrohliche Bedenung noch nicht habe. Immerhin sind bei den letzten Gemeindevahlen in Stuttgart 27,6% sozialistische



Stimmen abgegeben worden. Wenn einmal die rote Fahne auf den Rathhäusern weht, wie lange wird es dann noch dauern, daß sie durch den roten Hahn ersetzt wird? Immerhin darf nicht verkannt werden, daß die Mitarbeit bei den öffentlichen Angelegenheiten einen wähtigen Einfluß auch bei den Sozialisten ausüben wird. Der Minister exemplifiziert sodann auf die andern deutschen Staaten, wo fast überall die Ortsvorsteherwahlen indirekt sind. Nehmen Sie, was der Entwurf Ihnen bietet, sonst könnte es Ihnen wie dem Knaben gehen, den man fragte, ob er lieber Obst oder Kuchen wolle und er beides wünschte, schließlich aber gar nichts bekam. **Claser (Soz.):** Der Entwurf habe im ganzen Bande enttäuscht. Man könnte meinen, die Regierung habe während der ganzen Wahlkampagne geschlafen. Der Minister hat seinen Entwurf verteidigt, indem er den roten Zapfen vor Ihnen geschwungen. Darüber sind wir aber doch hinaus, daß alles in die Kniee sinkt, wenn man der Gesellschaft das Gespenst der Sozialdemokratie zeigt. Weiter ist Redner der Ansicht, daß wenn die heutigen Schultheißen sich einer Neu-Wahl unterziehen müßten, keine 3-4 wiedergewählt würden. (Widerspruch.) Die Wahlaufregungen seien für das Volk ganz gesund und jage das Blut schneller durch die Adern. Durch die Mitarbeit der Sozialdemokratie am öffentlichen Leben sei noch nichts ins Wanken gekommen. Im Gegenteil. Der Minister hat ihnen nur bange machen wollen, daß wenn wir zur Herrschaft gelangen, Sie am Spieß gebraten und verzehrt werden. Wir sind aber nicht so schlimm, vielmehr ohne Rücksicht auf das Knopfloch stets unentwegt für die Rechte des Volkes eingetreten. **Gröber** erklärt, daß das Zentrum schließlich auch nichts gegen eine Verweisung des Entwurfs an eine Kommission einzuwenden habe. Im weiteren vergleicht Redner die Stellung der Minister v. Schmid und von Bischof zu den Ortsvorstehern. Der letztere verlege den Schwerpunkt in den Gemeinderat, während Herr v. Schmid die Schulzen als die Säulen der Verfassung pries. Die Ansicht der Regierung, der Gemeinderat sei besser in der Lage, sich über die Qualifikation eines Ortsvorstehers zu unterrichten, sei falsch. Die Exemplifikation des Ministers auf die auswärtigen Staaten sei keine glückliche gewesen. Wir wollen nichts von den Verhältnissen in Preußen wissen und auch Badens Beispiel nicht nachahmen. Dem Redner erscheint der Entwurf als ein Strafgesetz für die sozialistisch durchseuchten Städte. Was fängt aber die Regierung an, wenn der Gemeinderat sozialistisch ist? Als einen der besten Wälle gegen die sozialistischen Untriebe bezeichnet Redner die Rückkehr der Männerorden. **Hausmann (Walingen)** dankt dem Minister für die Beantwortung der beiden Anfragen. Im übrigen sei nichts mehr geeignet, die sozialistische Bewegung zu härten, als die Vorschläge der Regierung. (Zustimmung.) Der Entwurf sehe es geradezu auf eine Entehrung der Bürger ab. Des Ministers Vergleich am Schluß seiner Rede sei nicht glücklich gewählt. Es handle sich bei der vorliegenden Frage für das Volk nicht um Obst oder Kuchen, sondern um sein täglich Brot und um sein verbrieftes Recht, das wir uns nicht entreißen lassen. (Beifall.) Damit ist die Generaldebatte geschlossen. Man beschließt dem

Entwurf Hausmann gemäß, den Entwurf an eine ad hoc zu wählende Kommission zu überweisen. **Hd. Stuttgart, 5. März. (7. Sitzung.)** Eingelaufen sind drei weitere Wahlproteste: Aus Reutlingen Amt (Krauß), Schorndorf (Schrempf), Reaenbürg (Sommerell.) Die Proteste werden an die Legitimationskommission verwiesen. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Punkt 1: Wahl der Kommission zur Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Bestellung der Ortsvorsteher. Gewählt werden durch Akklamation: v. Abel, Beh, Febr. v. Gaisberg, Haffner, Hausmann-Walingen, Käs, Klene, Klaus, Lang, Mayser, Münzing, Rembold, Sochs, Schach, Febr. v. Wächter. — Punkt 2: Beratung des Berichts der Adresskommission. Berichterstatter ist Hausmann-Serabronn: Der Bericht stellt fest, daß in der von der Kommission gepflogenen Generaldebatte die ungeteilte Auffassung dahin ging, daß die Adresse nicht auf einen formellen Akt zu beschränken sei, sondern auf den Vortrag materieller Anträge ausgedehnt werden müsse. Hinsichtlich des Gegenstandes der letzteren war die Kommission auch in der Auffassung einhellig, daß es dem Zweck einer Adresse entspreche, in erster Linie diejenigen Wünsche in Betracht zu ziehen, über welche eine Einstimmigkeit oder mindestens eine ganz überwiegende Mehrheit erzielt werden könne, da sowohl für die Einzelabstimmungen, als insbesondere für die Gesamtabstimmung über die Annahme der Adresse, die Größe der Mehrheit, die Bedeutung der Adresse und deren Anspruch auf Beachtung erhöht. Hieraus ergab sich, daß spezifische Wünsche der einzelnen Parteien, welche nicht auf eine Mehrheit bezw. auf eine große Mehrheit des Hauses zu rechnen hätten, im Interesse des Zustandekommens der Adresse und der Zusammenfassung von Gesamtforderungen des Abgeordnetenhauses bei diesem Anlaß nicht in den Vordergrund gerückt werden sollen. Nach Eröffnung der Generaldebatte nimmt zunächst Febr. v. Breitschwert das Wort. Er erklärt, daß in der Kommission eingeschlagene Verfahren habe ihm in hohem Grade Bedenken erregt. So sei man z. B. über die schwierige Frage der Verfassungsrevision mit zwei oder drei Worten hinweggegangen. Die Sache werde in Wahrheit der verfassungsmäßigen Verhandlung entzogen. Es sei das die Art, wie man in Volksversammlungen verfare. (Präsident Bayer weist den Redner darauf hin, daß dieser Vorwurf nicht zulässig sei. Redner repliziert, worauf der Präsident abermals seine Ausdrucksweise rügt.) — **Klos** will sich gegen die mögliche Schlußfolgerung verwahren, als ob er in der Kommission sich mit allen Forderungen der Adresse einverstanden erklärt habe und als ob alle seine Wünsche erfüllt wären. Er behalte sich vor, seine Forderungen bei irgendwelchen späteren Gelegenheiten zu erheben und in der Spezialdiskussion auf Einzelheiten einzugehen. — **Dr. Klene, Hausmann-Serabronn** und **Gröber** polemisieren gegen v. Breitschwert und empfehlen den Kommissionsentwurf. Die Generaldebatte wird sodann geschlossen. Bei der Spezialdebatte werden die einleitenden Sätze des Entwurfs ohne weiteres genehmigt. Sie lauten: „Für den gnädigen Willkommen, den Euer Majestät der Ständeversammlung entboten haben, sprechen wir unsern ehrfurchtsvollen Dank aus. Die vom Throne an uns gerichteten Worte vergegenwärtigen uns bei Beginn der Landtagsperiode die Bedeutung der Aufgaben, die im Dienste des Vaterlandes unserer harren.“

Wir erwidern die Thronrede, indem wir nach bestem Wissen und Gewissen die vornehmlichsten Erwartungen zum Ausdruck bringen, welche die Bevölkerung auf diese Gesetzgebungsperiode und auf die Thätigkeit der Volksvertretung setzt. Wir glauben, dadurch zugleich dem Wunsche Eurer Majestät nach einer Klärung der Anschauungen zu entsprechen und hoffen die parlamentarischen Geschäfte für die Kgl. Staatsregierung zu vereinfachen, indem wir unsere Ueberzeugung und Stellungnahme bezüglich der schwebenden Fragen zusammenfassen.“ Es folgt die Beratung der auf die Verfassungsrevision bezüglichen Sätze des Entwurfs. Dieselben lauten: „Eine Revision der Verfassung ist zeitgemäß und geboten. Als geeignete Grundlage erachten wir für die Zusammenlegung des Abgeordnetenhauses eine Aufhebung der Vorrechte der Geburt und des Aattes und einen Ersatz der hernach ausscheidenden Mitglieder durch Abgeordnete, welche in größerem Kreise durch das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Stimmrecht gewählt würden. Dem Vorschlag, zum Schutze der Minderheiten dieser Abgeordneten durch Proportionalwahlen zu berufen, hätten wir, wenn er von der K. Staatsregierung als Voraussetzung einer solchen Verfassungsänderung erklärt würde, einen grundsätzlichen Widerspruch nicht entgegenzustellen. Den Anspruch der Stadt Stuttgart auf eine verstärkte Vertretung nach Maßgabe ihrer Wählerzahl anerkennen wir als berechtigt.“ Zu diesen Sätzen liegt ein Antrag Erhardt vor, der für die Stadt Stuttgart allgemein die größeren Städte gefordert wissen will. Berichterstatter Hausmann-Serabronn befürwortet die Kommissionsvorschläge. Bezüglich des Antrags Erhardt erklärt er, daß auch er in der Kommission einen solchen Antrag gestellt habe; derselbe sei jedoch in der Minderheit geblieben. Er habe seinerseits nicht vorgehabt, den Antrag zu erneuern, um das der Detailberatung über die Verfassungsrevision zu überlassen. Redner ergeht sich des weitern über die Frage, weshalb der Entwurf der Gestaltung der ersten Kammer keine Formalisierung gegeben. Es geschah dies, weil dadurch die Annahme des Entwurfs mit großer Mehrheit hätte beeinträchtigt werden können. Ferner habe der Ministerpräsident bei der Verfassungsdebatte in der vorigen Session ausdrücklich empfohlen, bezüglich der Umgestaltung der ersten Kammer zunächst diese sprechen zu lassen. Endlich sei es für alle diejenigen nicht rätlich, sich festzulegen, welche um den Preis der reinen zweiten Volkskammer bezüglich der ersten Kammer eine etwaige unerläßliche Bedingung anzunehmen bereit seien. — **Ministerpräsident v. Ritter** sagt: Die sofortige Vorlage einer Verfassungsrevision wäre nicht gut möglich gewesen; es hätte dann die sofortige Auflösung der Kammer nachfolgen müssen. Die Kgl. Staatsregierung ver-

Unter welken Blättern.

Ein Zeitbild von Leopold Sturm.
(Nachdruck verboten.)

Der Herbstwind hatte gewaltig in dem braunen und gelben und roten Laub der Bäume und Kastanien an der Chaussee gewütet. Ein durchdringender, scharfer Regen war sein Gehilfe gewesen, und nun lagen die Straßengraben dicht gefüllt.

Noch immer piff der Wind schneidend scharf, und von den fast ganz kahlen Ästen klatterten nun auch die letzten Blätter herab.

Still und menschenleer war es weit und breit; ein Wägelchen, auf dem ein paar Karioffelsäcke lagen, war vor einer Stunde etwa vorübergerollt. Der dürre Gaul hatte mit dem Winde zu kämpfen und nur ganz allmählich ging sein Weg voran.

Der Mann, der neben dem Wagen dahergeschritten war, um dem kümmerlichen Jagdhier das Vordwärtskommen nicht noch schwerer zu machen, hatte wenig auf die saumselige Fahrt geachtet.

Es war ein alter Mann mit stillen Zügen und weißem Haar; dann und wann, wenn die Krähen auf den Aedern einen misttönenden Schrei ausgestoßen hatten, hatte er den Kopf wohl gewendet, aber nur für einen Augenblick.

Weiter vorwärts ging es dann, und seit einer Stunde war, wie gesagt, der Wagen mit seinem Vordwärtskommen nicht noch schwerer zu machen, hatte wenig auf die saumselige Fahrt geachtet.

Auch die schreienden, hungrigen Krähen waren von bannen gezogen.

Von einem fernem Kirchturm schlug es die fünfte Nachmittagsstunde; es war ein trüber Tag und langsam ging es zum Dämmern.

Des einsamen Wegs daher schritt ein Mann von 28-30 Jahren; ein Bündel über dem Rücken, in der Hand einen festen Knotenstock.

Nicht rechts, nicht links blickend schritt er eilig voran. Jetzt kam er bei einer Steinbank am Wege an. Einen Augenblick zauderte er, dann warf er das Bündel seitwärts und ließ sich auf den kalten Stein nieder, das Gesicht in beiden Händen verbergend.

Etwas zehn Minuten hatte er regungslos so gesessen, als ein verwahrlost dreinschauendes, heruntergekommenes Individuum den Weg herauskam.

Aus seinem gemeinen, frechen Gesicht blickten ein paar listig: Augen, die schmalen Lippen preßten sich fest auf einander.

Beide Hände hatte der Mensch in die Taschen seiner zerrissenen Hosen gesteckt; er trug weder Bündel noch Paket, nur aus der Tasche seines faden-schreitigen Rockes schaute ein in Zeitungspapier gewickeltes Knäuel.

Die Mühe auf dem brandroten Haar des letzten Wanderers war fettig und schmierig und schmutzlos, sie war weit nach dem Hinterkopf hinübergedrückt. Das Alter des Bagabunden, denn das war er augenscheinlich, mochte etwa vierzig Jahre betragen. Vor dem regungslos Dastehenden blieb der Mensch kurze Zeit still und stumm stehen; dann hu-

rete er. Der auf der Bank regte sich noch immer nicht. „Holla, Landsmann!“, rief nunmehr der Stromer mit heiserer Stimme.

Wie von einem elektrischen Schläge getroffen, sprang beim Klänge dieser Stimme der Dasthende auf.

Seine rechte Hand fuhr nach dem Knotenstock; der Ausdruck seines Gesichtes ward ein so drohender, selbst fürchtbarer, daß der Südensried erschreckt einige Schritte zurückwich.

Dann kam ihm seine alte Freiheit wieder. „Hab' ich mich doch nicht getäuscht, mein guter Freund Johann Merkel sitzt hier allein auf der Landstraße und bläst Trübsal!“, sprach er mit höhnischem Grinsen.

Der andere musterte ihn immer noch schweigend. „Ist dir denn deine Zunge abhanden gekommen, Johann?“, höhnte der Andere wieder.

„Noch ein Wort zu mir, du Teufel!“, rief der Johann Merkel Angeredete, „und du sollst etwas erfahren!“

„Du, warum so zornig mit einem Male, mein Lieber?“

„Schweig!“, donnerte Johann Merkel. Der Bagabund prallte zurück.

„Oho! Kommst du mir so. Dana nimm dich in Acht! Steffen Hesser ist kein Mann, der sich grob behandeln läßt, am wenigsten von dir. Kostet mir bloß ein Wort, weißt du, und ich erzähl', daß vor zwei Jahren deine Frau —“

„Schweig, Steffen!“ donnerte Johann Merkel mit vor Zorn glühendem Gesicht.

Stillogt. Mehrpreise pr. 100 Kilogr. bei Abnahme von 100 Kilogr. 17.50, sonst 18.00. Die Adressen sind in der 4. Spalte des 17. Bl. zu finden. Die Adressen sind in der 4. Spalte des 17. Bl. zu finden. Die Adressen sind in der 4. Spalte des 17. Bl. zu finden. Die Adressen sind in der 4. Spalte des 17. Bl. zu finden.

Stadt ein. Auf beiden Seiten wurden 800 Mann
 eingetroffen. Die hundertjährigen Mütter haben keine
 Stadt ein. Auf beiden Seiten wurden 800 Mann
 eingetroffen. Die hundertjährigen Mütter haben keine
 Stadt ein. Auf beiden Seiten wurden 800 Mann
 eingetroffen. Die hundertjährigen Mütter haben keine

trete in der Frage der Verfassungsrevision nicht bloß
 die Stelle eines passiven Widerstrebens oder Wider-
 standes, im Gegenteil sei sie bereit, im Verein mit
 der zweiten und ersten Kammer eine Lösung zu su-
 chen auf Grund der jetzigen Situation. (Bravo.)
 Wenn die Regierung darüber Klarung habe, was
 das Haus über einige wenige Punkte denke, so werde
 sie die Angelegenheit weiterführen. Die Frage könne
 gar nicht anders gelöst werden. Zu empfehlen sei
 Mäßigung und Versöhnlichkeit, auch gegen die Privi-
 legierten, die an Eifer, Fleiß und Patriotismus ihren
 Kollegen nicht nachgehanden seien. Wenn die Frage
 der Verfassungsrevision in vergangenen Jahren aus
 der Mitte des Hauses gestellt wurde, so habe sie nie
 ein klares Bild ergeben; wenn sie aber von der Re-
 gierung vorgebracht wurde, so habe sich eine Mehr-
 heit gezeigt, aber eine solche, von der die Vorlage
 verworfen wurde. Wie ist es jetzt? Tatsache sei,
 daß die Wählerschaft denselben Kandidaten die
 Stimmen gegeben habe, die sich für ein Abgeordneten-
 haus als Volkswahlkammer ausgesprochen haben.
 Mit dieser Tatsache habe die Regierung und ein
 Teil der Mitglieder des Hauses zu rechnen. Die Re-
 gierung könne nicht mit einem „Non possumus“ in
 die Frage eintreten. Wenn sie aber — gern thue
 sie das nicht — auf die Privilegierten verzichte, so
 müsse sie darauf bestehen, daß diese in das andere Haus
 hinübergenommen würden. Die Sozialdemokratie
 wolle keine erste Kammer, das Zentrum wolle eine
 erste Kammer und zwar in möglichst unveränderter
 Zusammensetzung, die Volkspartei wolle prinzipiell
 auch keine erste Kammer, habe sich aber im vorigen
 Landtag bereit erklärt, ihr noch eine Frist des Daseins
 zu gewähren, bis sie in der Lage wäre, sie zu besei-
 tigen. Es scheine ihm, daß es der Volkspartei noch
 nicht so sehr pressiere. Klärung gegen Klärung! Die
 Regierung müsse wissen, woran sie sei. Für die Re-
 gierung erkläre er, daß sie die erste Kammer zur un-
 erlässlichen Bedingung mache. Wenn die Entscheidung
 dahin ausfiele, daß die Privilegierten in das andere
 Haus übertritten, dann erhebe sich die zweite Frage,
 ob den Gewählten der Oberamtsbezirke und Städte
 noch andere Abgeordnete beizufügen seien. Die Mei-
 nungen in den Parteiprogrammen seien darüber ver-
 schieden; die Regierung spreche sich entschieden für
 einen Ersatz aus und zwar in vom Volk gewählten
 Abgeordneten in größeren Kreisen mit Listenwahl. Die
 dritte Frage sei die Frage der Verhältniswahl. Die
 Regierung habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß
 das Proportionalwahlssystem allerdings kein radikales
 Heilmittel gegen alle Unvollkommenheiten des allge-
 meinen Stimmrechts, daß es aber geeignet sei, die
 Unvollkommenheiten in nennenswerter Weise zu mil-
 dern. Die Regierung habe versucht, sich eine Vor-
 stellung darüber zu machen, wie die letzte Wahl aus-
 gefallen wäre, wenn sie nach dem Proportionalwahl-
 system vorgenommen worden wäre. Die Volkspartei
 hätte alsdann 23, die deutsche Partei mit der Landes-
 partei 17, das Zentrum 16, die Sozialdemokratie 8
 und die konservativste Partei 2 Sitze erhalten. Ueber-
 lassen Sie die Frage der Zusammensetzung der ersten
 Kammer der Regierung, lassen Sie auch die Städte-
 vertretung beiseite und beschränken Sie sich auf die
 drei Fragen: Vertretung der Privilegierten oder nicht?

Ersatz der Privilegierten oder nicht? Verhältniswahlen
 oder nicht? Mit Befriedigung könne er konstatieren,
 daß die Klärung durch die Adresse geschehen sei und
 es scheine auch, daß das Haus darüber befriedigt sei,
 über die Hauptfragen zur Einigung gelangt zu sein.
 Möge die Uebereinstimmung ein gutes Omen sein für
 den weiteren Verlauf der Angelegenheit. (Beifolles
 Bravo!) — Hausmann-Serabronn bringt seiner-
 seits die Befriedigung über die Ausführungen des
 Ministerpräsidenten zum Ausdruck. Er werde nach
 den gegebenen Erklärungen den Antrag stellen, den
 Absatz des Entwurfs, der sich mit dem Proportional-
 wahlssystem beschäftige, zu streichen. — v. Schab er-
 klärt, angesichts der überraschenden Eröffnungen des
 Ministerpräsidenten den Antrag stellen zu müssen, man
 möge die Verhandlungen abbrechen und die Sitzung
 auf übermorgen vertagen. Beschlossen wird, die nächste
 Sitzung auf morgen nachmittag halb 4 Uhr anzusetzen.

Landesnachrichten.

-n. Berned, 5. März. Auf Anregung des Hrn.
 Stadtpfarrer Eiben hier wurden diesen Winter alle
 4 Wochen sogenannte Bürgerabende abgehalten ab-
 wechslungsweise bald in diesem bald in jenem Gast-
 haus. An den Abenden wurde jedesmal ein Vortrag
 gehalten, an den sich eine ungewundene gesellige
 Unterhaltung anschloß. An einem der Abende hielt
 Herr Schultheiß und Rentamtmann Schwarz-
 mayer einen Vortrag über die Freunde und Feinde
 des Landwirts in der Tierwelt, an einem andern
 Hr. Stadtpfarrer Eiben einen solchen über aber-
 gläubische Sitten und Gebräuche unserer Vorfahren,
 Johann Hr. Stadtschultheiß Weiß einen über das
 landwirtschaftliche Nachbarrecht. Derartige Zusammen-
 künfte sind gewiß eine seltene Gelegenheit zur prak-
 tischen Belehrung in allerlei Dingen, die für jeden
 Bürger von Wichtigkeit sind, und dienen auch zur
 Pflege ungewonnener, harmonischer Geselligkeit.
 * Stuttgart, 5. März. Der heute nachmittag
 im Plenum des Landtages zur Beratung gelangende
 Adressentwurf bringt die vornehmlichsten Erwartungen
 zum Ausdruck, wodurch die Bevölkerung auf die
 gegenwärtige Gesetzgebungsperiode und auf die Thä-
 tigkeit der Volksvertretung setzt. Es handelt sich da-
 bei hauptsächlich um folgende Fragen: Verfassungs-
 revision (keine Volkskammer), Wiedereinführung des
 Wahlkonvents, Befugnis der Kammer, selbständig
 die Begittimation ihrer Mitglieder zu prüfen und da-
 rüber zu entscheiden, unbeschränktes Recht des Gesetzes-
 vorschlags und der freien Festsetzung der Geschäfts-
 ordnung durch die Kammer, Umgestaltung der Ober-
 rechnungskammer in einen unabhängigen Rechnungshof,
 Aushebung der Lebenslänglichkeit der Ortsvor-
 sieder, Erhaltung der freiwill. Gerichtsbarkeit, pro-
 gressive Einkommensteuer unter Befreiung des Schuld-
 zinsatzugs, gesetzliche Normen der Staatsbeiträge
 zum Schulzwang und zur Unterhaltung der Nach-
 barhaftigkeitsstraßen, neue Wegordnung, stärkere Heran-
 ziehung der Wandergewerbe zur Gemeindesteuer, Ver-
 bildung der Personen- und Gütertarife, Herabsetzung
 der Posttarife für Bezirks- und Nachbarhaftigkeitsverkehr,
 Revision der Bauordnung und des Böschewesens. Des
 weitern werden Maßregeln zum Schutz der Landwirt-
 schaft, des Gewerbe- und Arbeiter standes gewünscht.

Bei der namentlichen Abstimmung über den Kreuze-
 rtrag Leipzig in der Reichstags-Sitzung vom 1. März
 stimmten die württemb. Abgeordneten mit Ja: Braun,
 Mit Nein: Ebn, Galt, Kerger, Speiser. Beur-
 laubt oder entschuldigt waren: Gräber, v. Gütlingen,
 Haag, Hausmann, Bayer, Rembold, Stegle. Ohne
 Entschuldigung fehlten: Hartmann, Pfäfer, Schnaidt,
 Wengert.

* Vom Bezirk Marbach, 1. März. Eine
 Bestätigung der Obstbäume nach der langen Frost-
 zeit ergab, daß bei vielen Bäumen — abgesehen von
 den durch den Frost zerbröckelten — die Fruchtknospen
 samt den zarteren Zweigen erfroren sind, so daß,
 wenn nicht starke Saftströmung eine rasche Frucht-
 entwicklung hervorruft, ein großer Ertrag in Aussicht
 zu nehmen ist. Dem augenblicklichen Befunde nach
 wird man immerhin den Schaden auf 10 bis 12%
 (im Jahr 1879/80 = 18,3%) berechnen dürfen. —
 Die Reben wie auch die Wintersaaten scheinen unter
 der dichten Schneedecke keinen Schaden genommen zu
 haben.

* Karlsruhe, 2. März. Heute erschloß sich in
 einem Hotel der seit 2 1/2 Jahren hier weilende
 Oberflintenamt a. D. Kurt Frege aus Annaberg.
 Das Motiv der That ist unbekannt.

* Karlsruhe, 5. März. Bei den Pforzheimer
 Wahlen zum Gewerbegericht siegten die Sozial-
 demokratien mit erdrückender Mehrheit.

* München, 5. März. Der Magistrat lehnte
 in geheimer Sitzung die Bitte des Komites zur Be-
 gegnung des 80. Geburtstages Bismarcks, um Ge-
 währung eines Beitrags zum Garantiefonds, ab.

* Thorn, 5. März. Auf allen Eisenbahnstrecken
 der Provinz rief ein starker Schneefall erhebliche Ver-
 kehrshindernisse hervor.

Ausländisches.

* Paris, 5. März. Der Minister des Aus-
 wärtigen teilte dem deutschen Botschafter Grafen
 Münster mit, daß die französische Regierung zwei
 Panzerschiffe und einen Aviso nach Kiel entsende.

* Paris, 5. März. Der „Figaro“ meldet, ein
 französisch-russisches Einvernehmen betreffs der Teil-
 nahme an den Kieler Festen werde erst gestern vor-
 mittag endgültig getroffen. Es bestimmt für beide
 Staaten die gleiche Schiffszahl und den gleichen
 Rang der Kommandanten. Die französischen und die
 russischen Schiffe vereinigen sich in Sicht der deut-
 schen Küste, sie fahren zusammen in die deutschen Ge-
 wässer ein, werfen nebeneinander Anker, folgen
 einander bei der Kieler Eröffnungsfahrt und verlassen
 gleichzeitig das deutsche Gewässer. Alles sei vorher-
 gesehen, selbst der Fall eines Besuchs des deutschen
 Kaisers auf einem russischen oder französischen Schiffe.

* Petersburg, 4. März. Wolffs Bureau er-
 fährt über Breslau: Gestern fanden im philologi-
 schen Institut Unruhen statt, welche das Einschreiten
 der bewaffneten Macht notwendig machten. Eine
 vorgestern stattgehabte Versammlung von 1600 Stu-
 denten verlangte die Demission des Rektors. Der
 Rektor ermahnte die Studenten zur Ruhe, um einen
 Zusammenstoß mit dem Militär zu vermeiden.
 Verantwortlicher Redakteur: B. Kiefer, Altona.

„Ausreden lassen, Johann!“
 „Schweig, du Satan, oder ich vergesse mich!“
 — nicht die Treppe unglücklichweise
 hinabgestürzt, sondern von dir die Treppe hinabge-
 worfen und an den Folgen des Sturzes gestorben ist!“
 Johann Merkel hatte mit wutverzerrtem Antlitz
 gelauscht.
 „Schweig!“ presste er nochmals mühsam hervor.
 „Gewiß werde ich schweigen!“, lachte Steffen;
 „aber den Gefallen, Brüderchen, mußt du mir thun,
 und mir ein paar Harte geben. Bin abgebrannt
 total, und pfeife vor Hunger wie eine Kirchenmaus!“
 „Hab selbst keinen Pfennig mehr, bloß noch ein
 Stück Brot und Speck. Da hast du!“
 „Ist etwas“, meinte Steffen; „ich habe daß du
 keinen Schnaps dazu hast. Aber Geld muß ich un-
 bedingt dazu haben!“
 „Woher soll ich's nehmen?“
 „Mir gleich, Brüderchen, aber daß du siehst, daß
 ich nicht zuviel verlange, höre.“
 Da im nächsten Dorf, aus dem ich herkomme,
 ist morgen große Bauernhochzeit. Die Mitgift für die
 Braut haben sie vorher in des Bräutigams Haus
 gebracht.
 „Soll ich's stehlen?“, fragte Johann.
 „Brauche doch nicht solche Ausdrücke“, höhnte
 Steffen; wenn wir dem Filz eine nette Satane ab-
 nehmen, was macht's? Und morgen achtet Niemand
 darauf. Ein paar Schläge mit einem Beil, und wir
 haben, was wir brauchen.“
 „Nein!“, war die kurze Antwort.

„Gefse dir ja!“, sagte der Andere überredend.
 „Und dann geht es halbpant. Topp, Bruder schlag ein!“
 „Nein!“, rief Johann Merkel mit aufrichtigem
 Abscheu. „Das Eine — — —, das hab ich
 gethan. Warte bei Gott nimmer, wie ich dazu kam!
 Aber nichts mehr, und mag dann aus mir werden
 was da will!“
 „So steht die Sache!“, rief Steffen Merkel
 pfeifend. „Ueberleg' es dir, ich rate dir dazu, noch-
 mals und in deinem Interesse.“
 „Will's nicht und ihm's nicht!“, antwortete Jo-
 hann Merkel finster, sich abwendend und nach seinem
 Bündel greifend, um den Weg fortzusetzen.
 „Schön!“, rief Steffen giftig; „dann hör auch
 mein letztes Wort: In selbigen Dorfe wohnt der
 Wendarm.“
 „Und?“, rief der Bedrohte, sein Bündel sinken
 lassend und sich nach dem Stode fassend.
 „Entweder du gehst mit ihm oder mit mir.
 Das ist mein letztes Wort!“
 „Dein letztes ist's, du Bestie, dies eine Mal
 hast du wahr gesprochen, du Teufel, von dem all'
 mein Unglück herrührt“, rief Johann im ausbrechen-
 den, maßlosen, verzweifenden Zorn.
 „Da, da und da!“
 Bevor Steffen sich retten konnte, hatte sein
 Gegner, der bis zum Aeußersten gereizt, alle Herr-
 schaft über sich selbst verloren hatte, ihn zu Boden
 geworfen, und der wichtig: Knäuel fauste dreimal
 auf den Schädel des Liegenden nieder.
 Regungslos lag der Mensch da! (Schluß f.)

* (Verschiedenes.) In Freudenstadt
 gingen einem mit Holzföhren beschäftigten Knecht die
 Pferde durch; er kam dabei unter den beladenen
 Schlitten, welcher ihm einen Fuß vollständig abdrückte.
 Der Knecht wurde in das Bezirkskrankenhaus ver-
 bracht. — In Schimpfach wurden Herr Ge-
 meinderat Biscalar und dessen Frau Maria Anna,
 geb. Weingärtner, welche die 25. Wiederkehr ihres
 Hochzeitstages feierten, aufs angenehmste überrascht.
 Eine in Amerika befindliche Tochter nämlich hatte
 ganz im Geheimen durch einen Anverwandten eine
 schöne Kuh mit Kalb um 500 Mk. ankaufen und
 ihren Eltern zur Silbernen Hochzeit zuführen lassen.
 Die Freude des Jubelpaares über diesen Akt wahr-
 haft kindlicher Liebe kann man sich denken. — Trotz
 Kälte und Schnee haben sich am Samstag in
 Plieningen die Staren, in Gärtingen
 der Sorb eingestellt. — Welche profliche Einrich-
 tung das Eisenbahnbureau ist, das konnte ein
 Rottenburger Bürger erfahren. Derselbe ver-
 mißte sein 4 Jahre altes Söhnchen, welches heimlich
 in einen Eisenbahnzug gestiegen und fortgefahren war.
 Als der Vater beim Bahnhofsvorstand Anzeige machte,
 wurden auf dem Dienstwege die bekannten Verlust-
 anzeigen abgegeben, bald darauf kam telegraphisch
 die Nachricht, daß der Knabe in Reutlingen weile; er
 wurde seinen Eltern zurückgeschickt. — Bei Schmetz-
 felden kam ein Fuhrknecht aus Reutlingen, dem die
 Pferde mit einem schwerbeladenen Schlitten darangingen,
 unter die Pferde und den Schlitten, wobei ihm der
 Brustkasten eingedrückt wurde und der Tod sofort eintrat.

